

Wende im Streit um Gewerbepark

Von Gregor Wenzel *Borken/Heiden/Reken*. Um 16.35 Uhr ist am Dienstag brisante Post im Rathaus in Borken eingetroffen: Absender Dr. Heinz Janning, "Schiedsrichter" im Streit zwischen den drei Kommunen Borken, Heiden, Reken und dem NRW-Wirtschaftsministerium auf der anderen Seite. Der Konflikt dreht sich um die Frage, ob das geplante interkommunale Gewerbegebiet an der A 31 nicht doch zu genehmigen sein könnte.

Der Schiedsrichter, ein erfahrener Verwaltungsjurist, kommt in seinem Entwurf zu der Auffassung, dass das Gewerbegebiet genehmigungsfähig sein würde, wenn bei der Landesregierung und den beteiligten Kommunen eine bisher nicht erfüllte Bedingung geschaffen würde. "Der Gutachter geht davon aus, dass seitens der Landesregierung eine politische Leitentscheidung für die Anlage von Gewerbegebieten unmittelbar an Autobahnen unter bestimmten Bedingungen als Vorgabe für die Landesplanungsbehörde erforderlich ist." So heißt es wörtlich in einer gemeinsamen Presseinformation des NRW-Wirtschaftsministeriums und der Bürgermeister von Borken, Heiden und Reken.

"Auf Seiten der Kommunen sieht es der Gutachter als erforderlich an, dass im Gegenzug zur Ausweisung des neuen Gewerbegebiets der bisher im Regionalplan reservierte Alternativstandort an der B 67 aus dem Regionalplan gestrichen wird. Dazu sei eine Ratsentscheidung in Borken noch nachzuholen. Auf dieser Basis sei anschließend eine kurzfristige Genehmigung des Gewerbegebiets möglich", so die Pressemitteilung.

Konkret geht es dabei um eine mögliche Gewerbefläche in Grütlohn. "Ein ungeliebtes Kind", wie Bürgermeister Rolf Lührmann gestern im Hauptausschuss betonte. Es liegt nämlich in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet Hovesath. Deshalb wollten die Kommunalpolitiker im Hauptausschuss gestern Abend auch nicht lange fackeln. "Den Weg kann man beschreiten", sagte CDU-Fraktionschef Peter Flinks. "Wir wollten Grütlohn nie", sagte Grünen-Fraktionssprecherin Helga Gliem. Auch UWG und FDP zeigten sich sofort bereit, abzustimmen. Einige Einwände kamen von Klaus Bunse, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden. Er sorgte sich, das "Faustpfand" Grütlohn aus der Hand zu geben. Bürgermeister Rolf Lührmann und der Technische Beigeordnete Norbert Höving überzeugten die Sozialdemokraten aber, dass es "unter diesen Voraussetzungen keinen Sinn macht, an Grütlohn festzuhalten".

Die Politiker fassten einstimmig einen Dinglichkeitsbeschluss. Sofern Borken die Flächen im geplanten interkommunalen Gewerbegebiet nutzen könne, sei man bereit, auf das ausgewiesene Gewerbegebiet in Grütlohn zu verzichten.

04.09.2008 Quelle:

Borkener Zeitung